



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24834 - 88
Fernschreiber 0896890

P/XIV/58 - 11. März 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Notwendige Informationsgespräche Zwölf Millionen Wähler haben einen Anspruch darauf	50
2	Macmillans schwerer Gang Zum Besuch des britischen Premiers in Bonn	56
3 - 4	Wie ein Protektorat geboren wurde Eine dramatische Macht vor zwanzig Jahren - Das Ende der CSR Von Ernst Paul, MdB	106
5	Neuer Manöverkrach in der Heide Bisheriger Manöververschleiß erreicht Milliarden-Grenze	46
6 - 7	Vor den Betriebsrätewahlen Von Fritz Zschiesche, Referent für betriebspolitische Fragen beim Vorstand der SPD	87

* * *
* *

Notwendige Informationsgespräche

sp - Mit Ausnahme des "DUD" (PresseDienst der CDU) haben die meisten westdeutschen Zeitungen den Informationsbesuch des Oppositionsführers Erich Ollerhauer bei Chruschtschow positiv gewertet. Auch die Moskareise der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Prof. Carlo Schmid und Fritz Erler, wird im allgemeinen als das beurteilt, was sie tatsächlich ist: als der Versuch, in direkten Gesprächen mit der politischen Führung der Sowjetunion festzustellen, ob und wo Ansatzpunkte für erfolgversprechende Verhandlungen über das Berlin- und Deutschlandproblem und damit über die europäische Sicherheit gegeben sind.

Daß es nicht leicht ist, mit Männern im Kreml zu diskutieren, dürfte hinreichend bekannt sein. Namhafte amerikanische Politiker, Engländer und Franzosen haben dies erfahren können. Niemand ist bei den Versuchen dieser westlichen Politiker, denen man gewiß nicht nachsagen kann, sie seien bereit, den Kommunisten Konzessionen zu machen, auf den Gedanken gekommen, Informationsgespräche dieser Art durch kleinliches Herummäkeln an Formalitäten in ihrem Wert herabzumindern.

Und in der Tat: Man weiß nur zu gut aus Erfahrung, wie kompliziert politische Entwicklungen gelegentlich in der Diplomatensprache dargestellt oder durch eine voreingenommene und oft nur auf Propaganda eingestellte Publizistik verzerrt werden. Schon häufig ist in der Vergangenheit eine entsetzlich verfahrenere Situation aber nur dadurch wieder normalisiert worden, daß Männer von Format ein offenes Wort miteinander gesprochen haben.

Selbstverständlich kann man über das Ergebnis solcher Gespräche unterschiedlicher Meinung sein. Aber in dem speziellen Problem - der Deutschlandfrage - hat sich in letzter Zeit bei den direkten Informationsgesprächen westlicher Politiker, die in Moskau geführt werden, immer deutlicher folgendes herausgeschält: die Russen halten den Zeitpunkt für gekommen, aus welchen Gründen auch immer, den Westen an den Verhandlungstisch zu bringen, um - vor allen anderen Fragen - die europäischen Sicherheitsprobleme zu klären. Das war ohne Zweifel ihr Motiv für den Berlin-Vorstoß und ihre Absicht bei der Vorlage eines von ihnen einseitig konzipierten Friedensvertrags-Entwurfs.

Unter diesen Umständen sind zwei Arten von Politik möglich. Entweder man stellt sich auf eine status-quo-Situation in Europa ein, oder man versucht den Punkt zu finden, der den Russen interessant genug erscheint, um mit dem Westen in Gespräch zu bleiben.

Wenn die Bundesregierung, die durch ihre bisherige Politik das Zustandekommen der jetzigen Situation nicht verhindern konnte, eben durch das Beharren auf dieser Politik nichts zum Aufspüren und zur Entwicklung einer neuen Phase im Ost-West-Verhältnis tut, muß die Opposition diese Aufgabe im Rahmen der ihr gegebenen Möglichkeiten übernehmen. Sie würde höchstens ihre Pflichten verletzen, wenn sie es nicht täte.

Bei der letzten Bundestagswahl haben 12 Millionen Wähler in der Bundesrepublik die Politik Adenauers abgelehnt. Diese 12 Millionen Deutsche haben einen Anspruch darauf, daß die Opposition ihre Interessen wahrnimmt. Wir sind gewiß, daß dieses reelle Bemühen der Opposition um die Klärung einer verfahreneren Situation aber auch von der Mehrheit unseres Volkes diesseits und jenseits der Zonengrenze gebilligt wird.

Macmillans schwerer Gang

sp - Einige Formulierungen in Moskauer Schlusskommuniqué über die Erkundungsfahrt des britischen Premierministers Macmillan in der Sowjetunion wurden von Bonn und Paris mit Bestürzung aufgenommen; es handelt sich um jene Passagen, in denen von "Disengagement", d.h. Auseinanderücken der auf deutschem Boden einander gegenüberstehenden Militärblöcke, gesprochen wird. Macmillan brachte von seiner Moskauer Tour auch die nach vielen Diskussionen mit den sowjetischen Staatsmännern erhärtete Überzeugung von der Bereitschaft der Sowjetunion zu ernsthaften Verhandlungen mit. Verhandlungen können aber wiederum mit Aussicht auf Erfolg nur geführt werden, wenn die Westmächte wissen, was sie wollen, und wenn sie nicht der Versuchung unterliegen, sich in grenzenlosen Diskussionen zu ergehen, ohne diese mit konkretem Inhalt zu füllen. Macmillan kehrte mit der Gewissheit einer Kompromissneigung der Sowjetunion in bestimmten Fragen heim. Das vielbesprochene Disengagement läßt sich zwar nach seiner Meinung angesichts der starken Widerstände im Westen noch nicht erreichen, aber man könnte einiges in der Richtung einer Verdünnung der militärischen Streitkräfte in Zentraleuropa tun. Erst nach einer solchen Stufe liessen sich weiterreichende politische Lösungen ins Auge fassen.

Für dieses unter den gegenwärtigen Umständen zwar bescheidene aber wohl einzig mögliche Ziel versteht Macmillan nur auf seiner zweiten Erkundungsfahrt, die ihn nach Paris brachte, am Donnerstag nach Bonn und später nach Kanada und in die Vereinigten Staaten führen wird, die Zustimmung seiner westlichen Bündnispartner zu erreichen. Der Empfang in Bonn wird diesmal nicht jene Wärme haben, wie es bei früheren Begegnungen zwischen Adenauer und dem britischen Ministerpräsidenten der Fall war. Schon in Paris fand Macmillan in seinem Bemühen um Verständnis für eine Politik der Westmächte, die über die 1955 in Genf bezogenen Positionen hinausgeht, nicht gerade ungeteilte Unterstützung. Man begegnete ihm mit unvorhobler Skepsis. Diese beruht auf dem Missbehagen über jede Änderung des Status quo. Es mag auch kein Zufall sein, dass gerade während Macmillans Pariser Tagen die französische Regierung verkündet liess, sie werde in der Wüste Sahara ihre neuesten Raketen erproben, so sinnfällig demonstrierend, sie wolle erst wieder eine militärische Grossmacht werden, bevor sie sich an den Verhandlungstisch mit der Sowjetunion zu setzen gedanke. Macmillan gelang es nicht, das französische Misstrauen und die französischen Bedenken gegen eine elastischere Haltung zu zerstreuen.

Im offiziellen Bonn dürfte der britische Ministerpräsident - um das festzustellen, bedarf es keiner grossen Prophetengabe - noch weniger Anklänge finden, ihn wird eine kühle Atmosphäre umgeben. Auf der Genfer Konferenz 1955 ist der sogenannte Eden-Plan, der eine Verdünnung der militärischen Streitkräfte beiderseits des Eisernen Vorhanges vorsah, an dem Einspruch der Bundesregierung gescheitert. An der Spitze der heutigen Bundesregierung steht der gleiche Mann wie 1955, er hat, obwohl inzwischen durch die beginnende atomare Wettrüsten die Weltlage eine gefährliche Zuspitzung erfuhr, seine Meinung, seine Verhandlungstaktik und seine Ziele nicht verändert. Er hält an Positionen fest, die sich als eine schwere Belastung für eine beweglichere Deutschlandpolitik der Westmächte erweisen. Von offizieller deutscher Seite sind bisher auch noch nicht die geringsten Gegenvorstellungen entwickelt worden, die einer neuen Situation gerecht werden.

Es scheint, dass Macmillan auf der Suche nach einer neuen Verhandlungsgrundlage in den westlichen Hauptstädten ebenso grossen Schwierigkeiten begegnen wird, wie zu Beginn seiner Mission in der Sowjetunion. Die Blicke richten sich nach Washington; nur von dort sind entscheidende Anstösse zu erwarten. Es ist paradox, dass sich ausgerechnet die Regierungen derjenigen Staaten einer Entspannung widersetzen, die im Falle einer kriegerischen Entwicklung unmittelbar in der atomaren Todeszone liegen ... + + + -3 -

Wie ein Protektorat geboren wurde

Von Ernst Paul, MdB

In einer der verzweifeltsten Situationen seines Volkes wurde Dr. Emil Hácha im November 1938 die Würde eines Präsidenten der verstümmelten Tschechoslowakischen Republik übertragen. Sein Vorgänger, Dr. Eduard Beneš, hatte am 5. Oktober als Staatspräsident abgedankt. Er überließ seinem Nachfolger ein politisches Trümmerfeld. Die Staatsgründung von 1918 hatte sich - dies ist heute auch die Meinung vieler tschechischer Kreise - als eine Fehlkonstruktion erwiesen. Ein typischer Nationalitätenstaat, dessen Minderheiten und Volkgruppen die Hälfte der Bevölkerung umfaßten, wurde als ein Nationalstaat regiert und verwaltet. Die ungelösten nationalen Probleme belasteten den Staat in so hohem Maße, daß er den Stürmen der Krisenzeit von 1938 nicht standhalten konnte. Hitler war der Nutznießer dieses Zustandes und erzwang durch den Vertrag von München die Eingliederung des Sudetengebietes in das Dritte Reich.

Als er sein Amt antrat, war Hácha ein unbekannter Mann. Der gediegene Jurist hatte viele Jahre als österreichischer Beamter in Wien Dienst getan. Von 1918 an war er am Obersten Verwaltungsgericht der jungen Tschechoslowakei tätig, seit 1925 als dessen Präsident. Nach seinem eigenen Ausspruch hatte er sich nie mit Politik befaßt.

Hácha übernahm einen politischen Scherbenhaufen. Die Polen hatten mit Hitlers stillschweigender Zustimmung das mehrheitlich polnisch besiedelte Olsa-Gebiet im nordöstlichen Teil Mähren-Schlesiens mit starker Schwerindustrie sich angeeignet. Die Rest-Tschechoslowakei wurde - zwanzig Jahre zu spät - föderalistisch organisiert; die Slowaken erhielten ihre lange angestrebte und versprochene Autonomie, Karpathorußland fiel an Ungarn, ebenso die südliche Slowakei.

Nach dem Gewaltakt von München setzte im tschechischen Volke eine tiefgehende politische Demoralisierung ein. Die Armee befand sich in einer Krise. In den politischen Parteien kamen halb-faschistische Tendenzen zur Durchbruch. Der Antisemitismus nahm überhand; das Prager Unterrichtsministerium dekretierte, daß keine jüdischen Lehrer mehr eingestellt werden dürfen; der bedeutende tschechische Schauspieler Kaas - bekannt durch den nach Karel Capeks Buch gedrehten Film "Die weiße Krankheit" - erhielt am Nationaltheater Auftrittsverbot. Die agrarisch geführten Großbanken beteiligten sich am Aufkauf jüdischen Eigentums. General Gajda, der Führer einer unbedeutenden Faschistenpartei, stießerte auf-gebläht in Prag herum. "Lidové Noviny", eine Beneš nahestehende angesehenere Zeitung, schrieb am 4. Oktober 1938: "Die neue Außenpolitik der Tschechoslowakei muß im Anschluß an die beiden Diktaturstaaten geführt werden". Es waren in jener Zeit viele Elemente einer freiwilligen Gleichschaltung des Staates am Werk.

Hitlers Maßlosigkeit

In seiner Maßlosigkeit und in seinem Herrscherwahn wollte sich Hitler mit einer solchen Entwicklung nicht zufrieden geben. Er brach sein eigenes Wort von "der letzten territorialen Forderung" und setzte zum Sprung auf Prag an. Er verließ den von ihm mit Erfolg proklamierten Grundsatz, daß alle Deutschen in einem Reich zusammengefaßt sein sollen. Mit seiner Hilfe machte sich zunächst die Slowakei selbständig; am 14. März beschloß der slowakische Landtag die Schaffung eines eigenen Staa-

tes, der sich unter den Schutz des Dritten Reiches stellte und seine Außenpolitik "im engen Einvernehmen mit der Deutschen Regierung" zu führen entschlossen war.

Unter dem Eindruck dieser Entscheidung bat Hácha am gleichen Tage um eine Unterredung mit Hitler. Er traf in den späten Abendstunden des 14. März in Berlin ein. In seiner Begleitung befand sich Außenminister Dr. Chvalkovsky, ein Schoßkind der tschechischen Agrarier, der schon längere Zeit mit Berlin konspirierte. In der gleichen Nacht - zwischen 1,10 und 21,5 Uhr - wurde "konferiert". Hácha machte würdelose Verbeugungen vor Eitler, schmähte die Slowaken (er weine ihnen "keine Träne nach"), biederte sich mit dem nazistischen Regime an und verlangte - nach der offiziellen Niederschrift - nur kulturelles Eigenleben für sein Volk. Hitler aber wollte mehr: die volle Unterwerfung. Er unterbreitete ein Ultimatum, das die Eingliederung der Tschechoslowakei in das Dritte Reich beinhaltete. Seine Forderung wurde mit der Feststellung unterstrichen, daß er bereits den Befehl zum Einmarsch der deutschen Truppen gegeben habe. Tatsächlich war zu dieser Stunde bereits die Stadt Mährisch-Osttau von den deutschen Truppen besetzt.

Ein Staat wurde ausgelöscht

Hácha zögerte nun doch, den letzten Schritt zu tun. Erst nach einer schweren seelischen Krise setzte er seinen Namen unter das Dokument, mit welchem er in Wahrheit seinen Staat auslöschten half. "Um eine endgültige Befriedigung zu erreichen", lege er "das Schicksal des tschechischen Volkes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reiches". Am 16. März stand in Reichgesetzblatt zu lesen: "Die von den deutschen Truppen im März 1939 besetzten Landesteile der ehemaligen Tschecho-Slowakischen Republik gehören von jetzt ab zum Gebiet des Großdeutschen Reiches und treten als "Protektorat Böhmen und Mähren" unter dessen Schutz!" Hácha trat noch in der Nacht ans Mikrophon und appellierte an seine Landsleute, das harte Schicksal widerstandslos über sich ergehen zu lassen. So geschah es auch. In den Morgenstunden waren die Stukas Hermann Görings über Prag, und eine kurze Weile später war das ganze Land besetzt. Die Gestapo trat in Aktion. Hácha blieb "Präsident" von Hitlers Gnaden, in Wahrheit regierte der Reichsprotektor, zuerst Herr von Neurath und später Heydrich. Die Gleichschaltung erfolgte gewaltsam und ganz.

Entfesselter Terror

Zwischen 1939 und 1945 herrschte der Terror in ganzer Lande. Er forderte viel Opfer, vor allem unter der tschechischen Intelligenz, den Juden und allen Antirazisten. Auch wer von den Gegnern Hitlers unter den Sudetendeutschen noch zu erreichen war - der erste große Schub in die KZ war bereits in der Zeit nach München erfolgt -, mußte den schweren Opfergang antreten. In materieller Hinsicht hatte Hitler reiche Beute gemacht. Er ließ das "Protektorat" zu einer großen Werkstatte für seinen Krieg ausbauen, und dieser Staatenbestand hat seine Funktion auch gut erfüllt. Kaum gestört durch Kriegseinwirkungen produzierten die zahlreichen Fabriken des Landes Kriegsgerät. Die riesenhaften Skoda-Werke in Pilsen z.B. erzeugten Panzer und Kanonen in rauher Menge, sie wurden erst zehn Tage vor Kriegsende, als die westlichen Truppen bereits 60 Kilometer von der Stadt entfernt waren, bombardiert. Das Land erlitt schmerzliche - an Geist und Menschen - Schäden, materiell kam es mit einem blauen Auge davon. Moralisch hatte Hitler mit dem Streich vom 15. März 1939 eine Schlacht verloren. Sein Wortbruch löste den Widerstand des Westens aus, der sich wenige Monate später im Kriege demonstrierte. Der schwache Präsident Hácha jedoch, einst ein ehrenwerter Rechtsgelehrter, jetzt ein hilfloser Politiker, war nach den tragischen "Tage des März" ein gebrochener Mann. Er starb, wenige Wochen nach Beendigung seiner Marionettenrolle, im Juni 1945, ohne das Urteil seines Volkes vernommen zu haben.

Neuer Manöverkrach in der Heide

W. H. Das ganze Dilemma bundesrepublikanischer Souveränität zeigt sich in diesen Tagen wieder in seinen schwärzesten Farben in der Lüneburger Heide. Hätten die Bonner Regierungsstellen zu Beginn vorigen Jahres den Kommunalparlamenten in diesem "wunderschönen Land" die Beruhigungsbotschaft gesandt, es würden 1959 in der Heide bestimmt keine grossen alliierten Manöver durchgeführt, so geben sie jetzt kleinlaut zu, man müsse eben über den ganzen Fall noch einmal reden. Schliesslich handele es sich um Waffenbrüder.

Jeder weiss, dass die Bundesrepublik den Westen nötig hat, auch die Freundschaft mit den Soldaten dieser Länder, aber jeder weiss auch, dass beispielsweise deutsche Truppen nicht in Frankreichs Heide und auch nicht in Englands Küstensand wühlen dürfen. Anders bei uns! Der bundesdeutsche Truppenvertrag bzw. das Zusatzabkommen zum Deutschlandvertrag gestatten beispielsweise es den Engländern nach wie vor, hier zu üben.

Inzwischen haben die Menschen in der Heide mit ihren eigenen Augen gesehen, dass die Briten auch in diesem Frühjahrsmanöver 1959 das in wenigen Tagen beginnt, ihre allerschwersten Panzer auf-fahren. An die hundert Centurion-Panzer sind bereits eingetroffen. Gerade die Panzerschäden aber in all den letzten Jahren haben die Bevölkerung Niedersachsens höchst empört.

Während Bonn auch hier dazu neigte, alles zu verniedlichen, erwies sich, dass der in den letzten zwölf Jahren durch ausländische Manövertruppen angerichtete Schaden an die Milliardengrenze geht. Erst vor Wochen hat sich der Bundesaussenminister, wenn auch gequält, vor dem Bundestag geäussert und bekennen müssen, dass an Manöverent-schädigungen in der Bundesrepublik vom Mai 1955 bis Herbst 1958 über 80 Millionen Mark bezahlt wurden. Doch damit ist längst nicht der Fall abgeschlossen. Es bestehen noch Forderungen vieler anderer Betroffener. Mit weiteren 20 Millionen für Entschädigungen muss gerechnet werden.

Inzwischen aber geht es hartig weiter mit den Manövern, und man kann sich ausrechnen, was wir am Ende dieses Jahres wieder aus dem Steuersäckel auf den Tisch legen müssen, um vermeidbar gewesene Schä-den zu bezahlen. Bonn allerdings hat die Lüneburger inzwischen ge-tröstet mit dem Hinweis, man ränge ja unentwagt an die Neufassung des Vertrages. Dann sei alles vorbei.

Einige Verhandlungen sind eingeleitet worden, aber in Lüneburg würde jetzt der Verdacht geäussert, dass man wahrscheinlich nur einen Zeitaufschub erzwingen will, weil dies das einzig erreichbare Ziel überhaupt sei. Zeit gewinnen möchte man auch in Bonn um jeden Preis, nachdem die CDU von Niedersachsen &-rur händel'ingend gebeten hat - an-gesichts des in wenigen Wochen beginnenden Wahlkampfes um den Land-tag.

Sollte auch hier also nur ein wahltaktisches Verfahren fabri-ziert werden, um nach der Entscheidung dann alles "beim alten" zu las-sen? "Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit", pflegen die Richter zu sagen, wenn sie vor der Schuld eines Täters überzeugt sind, jedoch den letzten Beweis noch nicht an den Händen haben.

Vor den Betriebsrätewahlen

Von Fritz Zschiesche,

Referent für betriebspolitische Fragen beim Vorstand der SPD

Der Beginn der diesjährigen Betriebsrätewahlen steht unmittelbar bevor. Als erste große Arbeitnehmergruppe wählen die im Bergbau beschäftigten Arbeiter und Angestellten an den drei ersten Tagen der nächsten Woche ihre Betriebsräte. Gerade diesen Wahlen im Bergbau kommt eine große Bedeutung zu.

Die von der CDU inspirierte und von sieben konfessionellen Verbänden und Landesorganisationen gebildete "Christlich-soziale Betriebsaktion 1959" hatte geglaubt, in den Bergbaubetrieben besonders geeignete Ansatzpunkte für eine "Kraftprobe" mit den in der IG-Bergbau organisierten und auf deren Listen kandidierenden Betriebsräten zu finden. Man hoffte, schon durch die Aufstellung von möglichst vielen eigenen Kandidatenlisten die der CGD bei den Betriebsrätewahlen 1957 von den Bergarbeitern zugefügte böse Schlappe wettmachen zu können. Genau das Gegenteil ist eingetreten. Während 1957 die CGD noch in der Lage war, in 38 von über 700 Bergbaubetrieben eigene Listen aufzustellen, gelang es den vereinten Bemühungen der sogenannten christlich-sozialen Kräfte, dank der Wachsamkeit der Bergarbeiter, diesmal nur in 27 Betrieben des Ruhrgebiets und des Aachener und Kölner Reviers eigene Listen auf die Beine zu stellen. Die vom CDU-Bundestagsabgeordneten Katzer mit viel Taktik und mit der Unterstützung von höchsten kirchlichen Würdenträgern eingeleitete "Christlich-soziale Betriebsaktion 1959" konnte in nur sieben von diesen 27 Bergbau-Betrieben ihren Spaltungsauftrag erfüllen, wobei noch abzuwarten bleibt, inwieweit sie überhaupt in der Lage sein wird, ihre aufgestellten Kandidaten durchzubringen. Die CGD vermochte jedenfalls 1957 in nur 21 Bergbau-Betrieben ganze 31 Betriebsrats-Mandate zu erzielen.

Es hat sich also schon bei der Aufstellung der Kandidaten gezeigt, daß der von Katzer im allerhöchsten Auftrag ausgelöste Schuß vor den Bug der Einheitsgewerkschaften nach hinten losgegangen ist. Die Arbeitnehmer haben offensichtlich kein Verständnis für jenen von der "Betriebsaktion" verkündeten "eigenständigen Auftrag der Christen bei den Betriebsrätewahlen 1959". Sie sind vielmehr der Meinung, daß sie sich gegenüber der seit Jahresfrist ständig steigenden krisenhaften Entwicklung im Bergbau nur durch eine alle Kumpel umfassende Solidarität und durch die Wahl von Belegschaftsvertretern behaupten können, die bereit sind, mit ihrer Gewerkschaft bei der nur Behebung der Notlage der Bergarbeiter geplanten Maßnahmen durch dick und dünn zu gehen.

Ebenso werden jene Kräfte, deren einzige Hoffnung eine wirtschaftliche Krise ist, um in der Bundesrepublik wieder stärker Fuß fassen zu können, enttäuscht sein von der Haltung der westdeutschen

Bergarbeiter. Ihr Versuch, über eine sogenannte "Unabhängige Bergarbeiter-Gewerkschaft" mit der Aufstellung eigener Listen zum Zuge zu kommen, war nur in zwei Betrieben von Erfolg gekrönt. Auf einer Recklinghauser Zeche hat man sich bei diesem Vorhaben ausgerechnet der "Schützenhilfe" eines früheren SA-Sturmführers versichert. Ein Beweis mehr für die Richtigkeit des Ausspruches von Kurt Schumacher, daß es sich bei den deutschen Kommunisten im Grunde nur um rotlackierte Nazis handele.

Wie intolerant die Kommunisten bei der Kandidatenaufstellung in solchen Betrieben vorgehen, in denen sie immer noch über einigen Einfluß verfügen, haben sie wieder einmal auf der Zeche Rheinbaben bewiesen. Hier versuchten sie, die Liste der IG-Bergbau für ihre parteipolitischen Zwecke zu mißbrauchen. Dem als reine KP-Liste demaskierten Vorschlag der Leute um den Betriebsratsvorsitzenden Kreienhorst wurde eine Liste von Kandidaten der IG-Bergbau entgegengestellt. Das Verhalten dieser angeblich fortschrittlichsten Gewerkschafter auf der Zeche Rheinbaben sollte manchen Arbeitnehmer zum Nachdenken darüber anregen, was wohl geschehen wäre, wenn die sozialdemokratischen Betriebsgruppen und Vertrauensleute nicht in langjährigen harten Auseinandersetzungen den kommunistischen Einfluß in den Betrieben der Bundesrepublik auf ein Minimum zurückgedrängt hätten. Daran sollten aber vor allem jene Patent-Demokraten denken, die die Sozialdemokratie mit ihrer politischen Betriebsarbeit am liebsten als außerhalb der Rechtsordnung stehend anklagen möchten.

Geradezu lachhaft ist das Geschrei um die angebliche Doppelzüngigkeit, die in den Richtlinien des SPD-Parteivorstandes zu den Betriebsrätewahlen zum Ausdruck kommen soll. Darin empfiehlt der Parteivorstand, die Aufstellung geeigneter sozialdemokratischer Kandidaten mit allen Kräften zu unterstützen. Für jeden mit der Zusammensetzung und der Tätigkeit der Betriebsräte Vertrauten ist es ein offenes Geheimnis, daß ein erheblicher Teil von Betriebsräten und vor allem Betriebsratsvorsitzenden Mitglieder der SPD sind und bei jeder Neuwahl junge Betriebsräte aus deren Mitgliedschaft hervorgehen. Ist es darum nicht eine Selbstverständlichkeit, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in echter Sorge um das Zustandekommen aktionsfähiger Betriebsräte daran interessiert ist, daß in der die Kandidaten aufstellenden gewerkschaftlichen Vertrauensmänner- oder Mitgliederversammlungen auch "geeignete sozialdemokratische Kandidaten" vorgeschlagen werden?

Nichts anderes ist und kann mit dieser Formulierung gemeint sein. Die für die Aufstellung der Kandidatenliste vorgesehenen gewerkschaftlichen Gremien sind souverän, und deshalb sind die deutschen Gewerkschaften für die SPD die Träger der Betriebsrätewahlen. Wer die Einheit der Gewerkschaften durch Anmeldung von Sonderinteressen schädigt, sollte nicht mit Steinen werfen, weil er im Glashaus der selbstverschuldeten Isolierung sitzt.

+ + +